

BERICHT

über die

54. Tagung des Statistischen Beirats

am 26. Juni 2007

in Wiesbaden

Bericht
über die 54. Tagung des Statistischen Beirats
am 26. Juni 2007

Vorsitz

Walter Radermacher	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--------------------	-------------------------	-----------

Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Niels Oelgart	Deutscher Industrie- und Handelskammertag	Berlin
Dr. Peter Weiss	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Berlin
Dr. Robert Weitz	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V.	Berlin
Walter Buttenböck	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Berlin
Karl Adolf Scholz	Bundesverband der Freien Berufe	Berlin
Dr. Hans-Jürgen Völz Florian Swyter	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.	Berlin
Dr. Hartmut Tofaute	DGB-Bundesvorstand	Berlin
Dr. Christel Degen	DGB-Bundesvorstand	Berlin
Thilo Börner	ver.di Bundesvorstand	Berlin
Udo Hemmerling	Deutscher Bauernverband e.V.	Berlin
Prof. Dr. Gert G. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Götz Scholz	Universität Mainz	Mainz
Dr. Helmut Fogt	Deutscher Städtetag	Berlin

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Hubertus Rybak	Bundesministerium des Innern	Berlin
----------------	------------------------------	--------

Kristina van Deuverden	Bundesministerium der Finanzen	Berlin
Dr. Mathias Bruch	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Bonn
Hans-Jürgen Stubig	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Bonn
Jürgen Fuchs	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Bonn
Jens Hellenschmidt	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bonn
Dr. Hartmut Streuff	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Horst Itner	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bonn
Hans-Albert Leifer	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.
Renate Winstel-Brenneke	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Bonn

Vertreter der Statistischen Ämter der Länder

Barbara Sinner-Bartels	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Peter Bauer	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Eckart Hohmann	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Klaus Hüttebräuker	Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin
Karl-Ludwig Strelen	Niedersächsisches Landesamt für Statistik	Hannover
Dieter Pauly	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Jörg Berres	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamenz
Günter Kromholz	Thüringer Landesamt für Statistik	Erfurt

Eurostat

Dr. Klaus Reeh	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften	Luxemburg
----------------	---	-----------

Ständige Gastmitglieder

Rüdiger Heß	Beamtenbund und Tarifunion	Berlin
Prof. Dr. Karl Mosler	Deutsche Statistische Gesellschaft	Köln
Dr. Joachim Wilde	Institut für Wirtschaftsforschung, Mitglied im CEIES	Halle

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Peter Weigl, Dr. Werner Nowak, Dieter Sarreither, Rudolf Janke, Dr. Roland Gnos, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Dr. Sabine Bechtold, Angela Schaff, Sigrid Kiese, Mathias Meisenheimer
Zeitweise: Doris Stärk, Kerstin Hänsel, Roland Günther

	Inhalt	Seite
A.	Punkte zur Diskussion	
1	Weiterentwicklung des Statistischen Programms	6
2	Verbesserung der Qualität und des Zugangs zu Verwaltungsregistern	8
3	Regionaler Preisniveauvergleich	9
4	Kundenzufriedenheitsbefragung des Statistischen Bundesamtes	10
5	Umbenennungen von Fachausschüssen	10
B.	Punkte zur Information	
6	Neues aus dem CEIES – Bericht der CEIES-Mitglieder über die Aktivitäten des CEIES	11
7	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der Statistik im 1. Halbjahr 2007	11
8	Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte	12
9	Vorbereitung der EU-weiten Zensusrunde 2011	12
10	Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“	13
11	Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung	13
12	Standardkosten-Modell (SKM) auf Bundesebene	14
13	Bericht über die Arbeiten der Fachausschüsse Juni 2006 bis Mai 2007	14
C.	Preisverleihung des Innovationspreises 2007	14

Bericht

Präsident Radermacher eröffnet die 54. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer. Nach dem Amtsleiterwechsel im Dezember 2006 leitet er als Präsident des Statistischen Bundesamtes zum ersten Mal eine Tagung des Statistischen Beirats. Anschließend stellt sich Herr Weigl als neuer Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes vor.

Präsident Radermacher berichtet über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat.

Neu im Statistischen Beirat vertreten sind:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Niels Oelgart, Deutscher Industrie- und Handelskammertag,

Herr Götz Scholz, Hochschulen,

Beigeordneter Dr. Helmut Fögt, Deutscher Städtetag,

Regierungsdirektor Klaus Busch, Bundesministerium für Gesundheit,

Ministerialrätin Petra Löcker, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,

Regierungsdirektorin Dr. Evelyn Obelle, Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Ständige Gastmitglieder:

Ministerialrat Dr. Matthias Schmidt, Bundeskanzleramt,

Dr.rer.oec. Reinhard Rohde, Statistik der Kohlenwirtschaft e.V..

A. Punkte zur Diskussion

1 Weiterentwicklung des Statistischen Programms

Präsident Radermacher gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und die anstehenden Herausforderungen an die amtliche Statistik. Deutlich zeichnet sich ab, dass die amtliche Statistik in ihrem Programm – aber auch in ihren Prozessen – vor größeren Veränderungen steht als je zuvor. Die internationale Perspektive verdeutlicht die Herausforderungen; auch deshalb, weil der Blick auf andere Statistiksysteme schon heute die Zukunft in Deutschland vor Augen führt. Die Veränderung in der Statistikproduktion zeigt sich am deutlichsten in der Verlagerung von einer primärstatistischen Ausrichtung auf Einzelerhebungen. Besonders die Ressourcendiskussion sowie die Notwendigkeit, die Belastung der Befragten zu reduzieren, lassen die Statistik weltweit nach Möglichkeiten suchen, wie sich Verwaltungsdaten für statistische Zwecke in einem Design, in dem mehrere Quellen und Erhebungskanäle in geeigneter Weise verknüpft werden, nutzen lassen.

Der Statistische Beirat unterstützt die notwendigen Veränderungen bei der Statistikproduktion, sieht aber auch bei der Verwendung von Sekundärdaten Einschränkungen in der Qualität der

Daten. Herr Prof. Dr. Mosler (Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft) wird das Thema aufgreifen und in das Tagungsprogramm einer „Statistischen Woche“ aufnehmen.

Den vorgelegten Sachstand zur Umsetzung seiner Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms in der 16. Legislaturperiode nimmt der Statistische Beirat zur Kenntnis.

Weiterhin spricht sich der Statistische Beirat dafür aus, das nationale Statistische Programm wie auch das EU-Programm künftig auch auf der Basis von Kosten-Wirksamkeits-Analysen zu planen. Dazu dienen die Informationen aus der Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkosten-Modell (SKM).

Anschließend berichten Frau Dr. Degen (DGB-Bundesvorstand) und Herr Dr. Völz (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) über die Entstehung und Rezeption des **Positionspapiers des Statistischen Beirats „Informiert sein, Statistik nutzen“**. Das Papier, das aus Sicht der Nutzer und Befragten der amtlichen Statistik sowie unter Berücksichtigung des Systemcharakters der Bundesstatistik Empfehlungen ausspricht, wurde mit Zustimmung des Beirats im November 2006 veröffentlicht und ist seitdem über die Internetseite des Beirats zugänglich (www.destatis.de – Statistischer Beirat – Service). Auf Einladung des früheren Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Staatssekretär Johann Hahlen, hatte eine Delegation des Statistischen Beirats im Februar 2007 Gelegenheit, die Empfehlungen vor Vertretern des BMI und weiterer Bundesministerien zu erläutern. Insgesamt beurteilen Frau Dr. Degen und Herr Dr. Völz die Resonanz auf das Positionspapier des Beirats als positiv.

In einer kurzen Präsentation stellt das Statistische Bundesamt das **Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge** vor. Das Konzept (vgl. Unterlage zu TOP 1, Anlage 1, Nr. 27 sowie Anlage 3) ist das Ergebnis der Beratungen einer vom Statistischen Beirat im Jahr 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe. Es zeichnet ein Gesamtbild der erreichten Anwartschaften aus allen drei Säulen der Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat) und berücksichtigt die Anforderungen aus Politik und Wirtschaft sowie für die statistischen Gesamtsysteme, so dass mit den Ergebnissen der Statistik aktuelle soziodemografische Fragestellungen aus Politik und Wissenschaft untersucht werden können. Die Statistik setzt auf die Ausschöpfung vorhandener Datenquellen und trägt in der Umsetzung der Entlastung der Unternehmen Rechnung. Die Arbeitsgruppe schlägt dem Statistischen Beirat die Durchführung einer Piloterhebung auf Basis des Konzepts zum Berichtsjahr 2008 durch das Statistische Bundesamt vor.

Der Beirat bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit und das vorgelegte Konzept. In der Diskussion werden verschiedene Anregungen und Verbesserungsvorschläge vorgebracht: Herr Stubig (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) äußert methodische und inhaltliche Bedenken gegen das Projekt und sieht die vom BMAS in die Arbeitsgruppe eingebrachten Vorschläge noch nicht genügend berücksichtigt. Herr Dr. Wilde (Institut für Wirtschaftsforschung

Halle) regt an, bei der Personenbefragung die Haushalte abschätzen zu lassen, was sie an Vermögen besitzen, das der Altersvorsorge dienen könnte. Herr Dr. Völz unterstützt das Konzept in der vorliegenden Form; er bittet unter Punkt C „Baustein Arbeitgeberbefragung zur betrieblichen Altersversorgung“ um den Hinweis auf einen Anhang, in dem die als Kompensation für neue Informationspflichten auszusetzenden Merkmale der Arbeitskostenerhebung aufgeführt werden. Für den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft begrüßt Herr Buttenböck das Projekt und spricht sich für die Durchführung der vorgeschlagenen Pilotstudie aus. Herr Dr. Tofaute vom Deutschen Gewerkschaftsbund äußert sich in gleicher Weise. Das Statistische Bundesamt wird die vorgetragenen Wünsche und Anregungen in die anstehenden Arbeiten aufnehmen.

Nach einer intensiven Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat unterstützt das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge und empfiehlt dem Statistischen Bundesamt, auf der Basis des Konzepts eine Piloterhebung zum Berichtsjahr 2008 durchzuführen. Die von einigen Mitgliedern des Beirats geäußerten Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden dabei berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe wird die Pilotstudie methodisch begleiten und die Ergebnisse bewerten.

2 Verbesserung der Qualität und des Zugangs zu Verwaltungsregistern

Die weitest mögliche Nutzung von Verwaltungsdaten ist eine der zentralen Leitlinien, an denen sich die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in verstärktem Maße orientiert. Dies gilt sowohl für den Zensus als auch für die Reform der Unternehmensstatistik (siehe auch TOP 10). Ziel ist es dabei jeweils, der steigenden Informationsnachfrage belastungsärmer begegnen zu können. Die amtliche Statistik fordert dementsprechend schon seit längerem einen möglichst effizienten Zugang zu Verwaltungsdaten und ein Mitgestaltungsrecht bei Aufbau und Pflege von Verwaltungsregistern.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht weist Frau Winstel-Brenneke (Vertreterin des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) darauf hin, dass die Inhalte von Verwaltungsdaten von den Erfordernissen der Verwaltung bestimmt werden, nicht aber von statistischen Zwecken. Eine Vermischung von Verwaltungszweck und statistischem Zweck sieht sie als bedenklich an. Um eine spätere statistische Nutzung von Verwaltungsdaten zu erleichtern, könnten aber der Aufbau und die Gestaltung der entsprechenden Verwaltungsregister sinnvoll angepasst werden. Herr Dr. Fogt (Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände) erinnert an die Verwaltungshoheit der Kommunen, Verwaltungsregister aufzubauen und Verwaltungsdaten zu erheben.

Ergänzend weist Herr Stubig (BMAS) zum Vorgehen der Betriebszuordnung (Masterbetriebe) im Namen der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Folgendes hin und bittet um Richtigstellung: Der in der Unterlage (Seite 4, 1. und 2. Absatz) verwendete Begriff des Masterbetriebs hat keinen offi-

ziellen Charakter. Wesentlich ist bei der aufgeworfenen Fragestellung, dass mehrere Niederlassungen desselben Unternehmens zu einem Betrieb zusammengefasst werden können, wenn sie u.a. die gleiche wirtschaftliche Zuordnung haben. Es ist also für den Betrieb optional dies zu tun. Aus Gründen der Verwaltungsoptimierung werden dies auch die meisten tun. Die Bundesregierung möchte nach wie vor den statistischen Meldeaufwand für die Unternehmen so niedrig wie möglich halten. Des Weiteren weist Herr Stubig im Namen der BA darauf hin, dass die Zusammenfassung von Niederlassungen, die ihren Sitz in unterschiedlichen Gemeinden haben, nicht zulässig ist. Es kann allerdings vereinzelt vorkommen, dass Betriebe die Meldungen zur Sozialversicherung für alle Beschäftigten ihrer gemeindeübergreifenden Niederlassungen unter einer einzigen Betriebsnummer erstatten. Die BA unternimmt keine derartigen Zusammenfassungen.

Eines der zentralen Anliegen der amtlichen Statistik stellt in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer behördenübergreifenden bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer dar, der für eine effiziente und qualitativ hochwertige Zusammenführung der diversen Verwaltungsdaten hohe Bedeutung zukommt. Der Beirat beklagt die unbefriedigende Situation bei der Einführung der einheitlichen Wirtschaftsnummer und bittet – im Hinblick auf die heutige Diskussion – um Beschleunigung des Verfahrens.

Nach eingehender Diskussion fasst der Statistische Beirat folgenden Beschluss:

Der Statistische Beirat sieht in einer Verbesserung der Qualität der Verwaltungsdaten einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung des Paradigmenwechsels von der Primärerhebung hin zur Nutzung von Verwaltungsdaten und einer registergestützten Statistik. Er spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange bei der Gestaltung der entsprechenden Verwaltungsprozesse registerführender Stellen aus.

Als Ergebnis seiner Beratungen verabschiedet der Statistische Beirat die als **Anlage 1** beigefügte **Pressemitteilung**.

3 Regionaler Preisniveauvergleich

Mit der Berechnung des Verbraucherpreisindex liegen im Statistischen Bundesamt monatlich umfassende und detaillierte Informationen über die Preisentwicklung im Zeitablauf vor. Im System der deutschen amtlichen Preisstatistik besteht allerdings eine Lücke im Hinblick auf Daten im Vergleich des Preisniveaus verschiedener Regionen innerhalb von Deutschland. Ein Bedarf an statistischen Informationen zu räumlichen Preisniveauunterschieden wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Datennutzern an das Statistische Bundesamt herangetragen.

Um auf den Datenbedarf zu reagieren, schlägt das Statistische Bundesamt in seiner Unterlage zunächst die Durchführung einer Machbarkeitsstudie vor, deren Finanzierung allerdings offen ist. Herr Prof. Dr. Wagner (DIW) unterstützt diesen Vorschlag nachdrücklich. Um ein Meinungs-

bild der Länder einzuholen, schlägt Herr Dr. Bruch (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) vor, den Bund-Länder-Ausschuss „Statistik“ in seiner Sitzung im November 2007 mit dem Thema zu befassen. Auch von Seiten Eurostats wird großes Interesse an den Ergebnissen einer solchen Studie geäußert. Herr Dr. Reeh (Eurostat) schlägt vor, als regionale Ebene NUTS 2 (Regierungsbezirke) zu verwenden. Aus Nutzersicht hält Herr Prof. Dr. Mosler (Deutsche Statistische Gesellschaft) eine Abdeckung des ländlichen Raumes und die Einbeziehung der Mieten für notwendig, spricht sich aber gegen eine flächendeckende Durchführung aus. Herr Stubig vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sieht keinen Bedarf seines Hauses an einem regionalen Preisniveauvergleich und bittet, das BMAS aus der Unterlage auf Seite 1 herauszunehmen.

Als Ergebnis der Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat betont die Dringlichkeit eines neuen regionalen Preisniveauvergleichs und schlägt eine Machbarkeitsstudie vor. Eine Finanzierung der notwendigen Aufwendungen sieht der Beirat als Voraussetzung an.

4 Kundenzufriedenheitsbefragung des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt hat den strategischen Zielsetzungen folgend – Ziel 2.2 von fit 2008 „Das Statistische Bundesamt intensiviert und verstetigt den Dialog mit den Nutzern“ – eine Kundenzufriedenheitsbefragung in Auftrag gegeben, die in Zukunft regelmäßig durchgeführt werden soll. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Dienstleistungen und Produkte des Statistischen Bundesamtes in Zukunft noch stärker auf die Kundeninteressen auszurichten.

Für die Durchführung der Kundenbefragung wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in Berlin gewonnen. Von November 2006 bis Januar 2007 wurden Kunden der allgemeinen Auskunftsdienste und von GENESIS-Online telefonisch nach ihrer Zufriedenheit mit den Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes befragt. Zusätzlich wurden Mehrfachkunden, sogenannte „Stammkunden“ des Mikrozensus – exemplarisch für die Fachbereiche – in einer Online-Erhebung zur Zufriedenheit mit den Produkten und Services des Mikrozensus befragt.

In einer Präsentation stellt das Statistische Bundesamt die wichtigsten Ergebnisse der Kundenbefragung vor. Diese wurde den Beiratsmitgliedern zugesandt.

5 Umbenennungen von Fachausschüssen

Das Statistische Bundesamt schlägt dem Statistischen Beirat in einer Unterlage die Umbenennung von zwei Fachausschüssen vor. Herr Dr. Bauer (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung) bittet das Statistische Bundesamt, die vorgesehene Erweiterung und Umbenennung

der Referentenbesprechung „Beschäftigtenstatistik“ in eine Referentenbesprechung „Arbeitsmarktstatistik“ in der nächsten Referentenbesprechung zu diskutieren.

Der Statistische Beirat stimmt der Umbenennung des Fachausschusses „Preise und Löhne“ in Fachausschuss „Preise und Verdienste“ und des Fachausschusses „Erwerbstätigkeit“ in Fachausschuss „Arbeitsmarktstatistik“ zu.

B. Punkte zur Information

6 Neues aus dem CEIES – Bericht der CEIES-Mitglieder über die Aktivitäten des CEIES

Herr Dr. Wilde, Mitglied im CEIES, informiert über die Aktivitäten des CEIES (Europäischer beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich) im letzten Jahr: Im Juni 2006 hat das 30. CEIES-Seminar zum Thema „Verbraucherstatistik“ stattgefunden. Im Oktober 2006 konzentrierte sich das 31. CEIES-Seminar auf die Frage „Messen wir die Produktivität richtig?“. Die aus den zwei Seminaren hervorgegangenen konkreten Empfehlungen stellen wichtige Leitlinien für die künftige Entwicklung der Gemeinschaftspolitik im Bereich der statistischen Information dar. Sie können direkt bei Herrn Dr. Wilde angefordert werden.

Weiterhin berichtet Herr Dr. Wilde über den aktuellen Stand bei der Umstrukturierung des Nutzergremiums CEIES und die Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses für die Gemeinschaftspolitik im Bereich der statistischen Information. Mit dem vorliegenden Entwurf wird die Rolle des (ehemaligen) CEIES im Bereich der Prioritätensetzung und Programmplanung gestärkt und seine Mitgliederzahl drastisch reduziert (von ca. 90 auf knapp 30). Schwerpunkt der Diskussion mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament war die Zusammensetzung des Gremiums. Wichtig aus Sicht der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ – die sich unter deutscher Ratspräsidentschaft am 18. Juni 2007 letztmals mit dem Vorschlag befasste – war, dass alle beteiligten Interessengruppen angemessen und in ausgewogener Weise vertreten sein müssen. Dies gilt vor allem für die Nicht-Regierungs-Nutzer und Befragten, d.h. für Gruppen, die nicht direkt in den Entscheidungsprozess eingebunden sind und deshalb ihre Bedürfnisse nur schwer einbringen können (z.B. was die Begrenzung der Belastungen durch EU-Statistiken betrifft). Auch der Europäische Datenschutzbeauftragte soll auf Vorschlag des Europäischen Parlamentes künftig Mitglied sein, was die deutsche Ratspräsidentschaft sehr unterstützt. Der Fortgang der Beratungen hängt nun von den weiteren Beratungen im Europäischen Parlament ab.

7 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der Statistik im 1. Halbjahr 2007

Präsident Radermacher hatte während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ inne. Das Statistische Bundesamt informiert den Statistischen Beirat in einer Unterlage über die Aktivitäten der Ratsarbeitsgruppe „Sta-

tistik“, die sich mit der Verabschiedung wichtiger statistischer Rechtsakte auf europäischer Ebene befasst, und zieht eine Bilanz über die Arbeiten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik. Folgende Rechtsakte wurden in der Ratsarbeitgruppe prioritär behandelt: Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen, Entscheidung über das Statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012, Verordnung über Energiestatistiken, Verordnung über Landwirtschaftliche Betriebsstrukturhebung (ab 2010) und Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance.

Als Tischvorlage wird der Abschlussbericht der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik vorgelegt. Er enthält eine Übersicht über den aktuellen Stand der Rechtsakte auf europäischer Ebene sowie ausführliche Informationen zum Sachstand jedes einzelnen Statistik-Dossiers. Insgesamt hat das Präsidentschaftsteam des Statistischen Bundesamtes 22 Rechtsakte im ersten Halbjahr 2007 betreut und konnte dabei die Beratungen zu einigen wichtigen Verordnungen erfolgreich abschließen. Der Abschlussbericht wurde den Mitgliedern des Beirats im Anschluss an die Sitzung zugesandt.

8 Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte

Anhand einer ausführlichen Unterlage wird der Statistische Beirat über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte informiert. Das Statistische Bundesamt wirkt aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und der Gestaltung des Statistischen Programms auf europäischer Ebene mit. Über folgende Themen wird ein Überblick gegeben: Krakauer Aktionsplan zur Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems, Überarbeitung der Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken 322/97, Deutsche EU-Ratspräsidentschaft, Statistisches Mehrjahresprogramm 2008-2012, Code of Practice und Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance sowie Umstrukturierung des Nutzergremiums CEIES (siehe dazu auch die Tagesordnungspunkte 6 und 7).

9 Vorbereitung der EU-weiten Zensusrunde 2011

Das Statistische Bundesamt informiert den Statistischen Beirat in einer Unterlage über den Sachstand der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen sowie über den Stand der nationalen Gesetzgebung zum Zensus 2011. Weiterhin wird über das Ergebnis eines vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten am 12. März 2007 veranstalteten Zensus-Workshop berichtet. Der Vorsitzende des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Prof. Dr. Gert G. Wagner, betonte in seinem Statement: Die kommende Volkszählung – die erste im vereinten Deutschland – wird ein Meilenstein in der Geschichte der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung. Die Wissenschaft hat bessere Chancen als jemals zuvor,

das Erhebungsprogramm gezielt mitzugestalten, denn die kommende Volkszählung besteht aus einer Zählung im engeren Sinne und einer großen Stichprobe der Bevölkerung, deren Erhebungsprogramm weit flexibler sein wird als das des eigentlichen Zensus.

Ergänzend wird über die Vergabe eines Forschungsprojekts zur Stichprobenerhebung im Rahmen des Zensus 2011 berichtet. Erste Ergebnisse werden auf der Statistischen Woche im September 2007 präsentiert.

Herr Hellenschmidt (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) bietet für die Vorbereitung des Zensus-Teils „Gebäude- und Wohnungszählung“ die Mitwirkung des BMVBS an. Das Bundesministerium des Innern wird sich diesbezüglich mit dem BMVBS in Verbindung setzen.

10 Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“

Das Statistische Bundesamt schildert in einer Unterlage den aktuellen Sachstand zum Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik (AG Reform)“. Mittlerweile hat die Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ ein Gesamtkonzept für die weiteren Arbeiten an der Reform der Unternehmensstatistik vorgelegt. Sie ist derzeit dabei, konkrete Arbeitspakete des Reformprozesses zu formulieren und ihre zeitliche Abfolge zu planen.

11 Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder streben eine verstärkte Zentralisierung von IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD) an, um die Aufgabenerledigung bei der Durchführung von Statistiken noch weiter rationalisieren zu können und den Prozess der Statistikproduktion laufend zu modernisieren. Aufbauend auf den Bemerkungen der Rechnungshöfe, dem Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik und den Beschlüssen der Innenministerkonferenz (IMK) aus den Jahren 2003 und 2004 wurde eine neue Form der Zusammenarbeit entwickelt.

Der Statistische Beirat wird in einer Unterlage darüber informiert, welche Auswirkungen auf die Produkte und Dienstleistungen der amtlichen Statistik sich aus der Verwaltungsvereinbarung über die zentrale IT-Produktion und Datenhaltung sowie den Grundsätzen zur Mikrodatennutzung, die jeweils in der Sonder-Amtsleiterkonferenz im Dezember 2006 beschlossen wurden, ergeben können. In beide Regelungen sind neben der Produktion auch die Mikrodatenhaltung und der Zugriff auf die Datenbestände und Ergebnisse mit einbezogen.

Der derzeit für das Modell „Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung“ vorgesehene Auswahlkorb umfasst 61 Statistiken, die in 18 Statistikclustern fachlich geordnet sind. Zur Zeit laufen umfangreiche Aktivitäten um den Migrationsprozess von der bisher für alle Statistiken realisierten de-

zentralen Ablauforganisation auf eine nunmehr zentrale IT-Service-Umgebung zu planen und umzusetzen.

12 Standardkosten-Modell (SKM) auf Bundesebene

Am 25. April 2006 hat das Bundeskabinett das „Programm für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ beschlossen. Es regelt u. a. die Einführung eines Verfahrens zur Identifizierung und Messung von mit Informationspflichten (Anträgen, Formularen, Statistiken, usw.) einhergehenden Bürokratiekosten auf Grundlage des Standardkosten-Modells.

Das Statistische Bundesamt unterstützt die für den Bürokratieabbau verantwortlichen Stellen der Bundesregierung und den unabhängigen Normenkontrollrat bei der Einführung der Methodik und führt die Zeitaufwandsmessungen und die Modellrechnungen durch. Mit den Befragungen von Unternehmen wurde Anfang Januar 2007 begonnen. Bis Mitte 2008 sollen alle Informationspflichten der Wirtschaft gemessen sein. Die daran anschließende Erhebung der Informationspflichten von Bürgern und Verwaltung ist noch nicht in einem konkreten Produktionsplan bestimmt worden und steht noch in der Planung. Dem Statistischen Beirat wird anhand einer Unterlage ein Überblick über die Planung und den Stand der Arbeiten gegeben.

13 Bericht über die Arbeiten der Fachausschüsse Juni 2006 bis Mai 2007

In einer Informationsunterlage berichtet das Statistische Bundesamt über die Arbeiten der Fachausschüsse seit der letzten Beiratstagung. Der Statistische Beirat nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

C. Preisverleihung des Innovationspreises 2007

Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der Qualitätssteigerung der Kunden- und Nutzerbeziehungen und zur Imageförderung zum dritten Mal einen Preis für innovative Produkte und Serviceleistungen vergeben. Für den Innovationspreis 2007 wurde von der Jury des Statistischen Beirats (Prof. Dr. Gert G. Wagner, Prof. Dr. Peter Schulte und Dr. Hans-Joachim Haß) das Arbeitsteam „Paneldaten der Steuerstatistiken“ im Statistischen Bundesamt als Preisträger ausgewählt. Die Jury honoriert mit dieser Entscheidung, dass das Team in den Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken neue Maßstäbe im Hinblick auf das Angebot an Längsschnittdaten gesetzt und durch neue Auswertungsmöglichkeiten einen wichtigen Beitrag zur Steigerung des Nutzwertes amtlicher Daten in Politik und Wissenschaft geleistet hat.

Die Daten der Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken können über Identifikatoren jahresübergreifend verknüpft und über mehrere Jahre hinweg ausgewertet werden. Die dabei entstandenen Panels (Taxpayer-Panel und Umsatzsteuer-Panel) sind aufgrund der Vielzahl an Datensätzen und

Merkmale der Steuerpflichtigen einzigartig. Eine jährliche Fortschreibung der Paneldaten ist geplant.

Das Team erhielt einen Pokal und die Preisträgerin und die Preisträger eine persönliche Urkunde sowie eine Armbanduhr mit dem „Destatis-Logo“.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die Beteiligung an der Diskussion schließt Herr Radermacher die 54. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatte
rin
gez.
Sigrid Kiese

Vorsitzender
gez.
Walter Radermacher

Statistischer Beirat

unter Mitwirkung von Wirtschaftsverbänden, Tarifparteien, Wissenschaft und Kommunen:
AG Energie und Wasser, BDA, BGA, BDI, BfB, Deutscher Bauernverband, Deutscher
Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, DGB, DIHK, DIW,
Hochschulen, GDV, HDE/BAG, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, RWI Essen, ver.di,
Verband der Landwirtschaftskammern, ZDH

Pressemitteilung vom 27. Juni 2007

Daten der Verwaltung müssen Statistikbelangen besser gerecht werden

WIESBADEN – Der Statistische Beirat – das Gremium der Nutzer, Befragten und
Produzenten der Bundesstatistik – spricht sich bei seiner 54. Tagung am 26. Juni 2007
in Wiesbaden für eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange beim Aufbau und
der Gestaltung von statistisch relevanten Verwaltungsregistern aus.

Indem die amtliche Statistik Verwaltungsdaten nutzt, anstatt Daten direkt zu erheben,
senkt sie effektiv die Belastung von Unternehmen und Bürgern durch Informations-
pflichten. Ganz wesentlich für die Qualität von Statistiken, die aus Verwaltungsdaten
gewonnen werden, ist deren statistische Eignung. Diese ließe sich verbessern, wenn die
Verwaltung die Belange der Statistik beim Zustandekommen ihrer statistisch relevanten
Daten systematisch berücksichtigte. Nach Ansicht des Statistischen Beirates muss die
amtliche Statistik, unter Einbezug unabhängiger wissenschaftlicher Kompetenz,
frühzeitig beim Aufbau und der Gestaltung der entsprechenden Verwaltungsregister
eingebunden werden.

Ein Beispiel, wie Verwaltungsdaten für die amtliche Statistik brauchbarer werden, ist die
einheitliche Wirtschaftsnummer, welche die Finanzverwaltung derzeit einführt: Alle
Unternehmen in Deutschland („wirtschaftlich Tätige“ nach § 139a Abs. 1 S. 3 AO)
erhalten eine Nummer, unter der sie in verschiedenen Registern (Steuerverwaltung,
Arbeitsverwaltung, Statistik) identifizierbar sind. So können Mehrfachmeldungen
entfallen und auf effiziente Weise aus bestehenden Meldepflichten Informationen
gewonnen werden, die wiederum der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Weitere Auskünfte gibt: Dr. Gerhard Stock
Telefon: (0611) 75-3454
E-Mail: unternehmensstatistiken@destatis.de